

Toitenwinkler wünschen sich Pflegestützpunkt

Toitenwinkel Einen **Pflegestützpunkt** in ihrem Stadtteil wünschen sich die Mitglieder des Ortsbeirates Toitenwinkel. „Hier wird er gebraucht, es gibt viele alte Menschen, die Rat benötigen“, sagt Beirats-Vorsitzende Anke Knitter. Beratung sei auch die Leistung, die in einem solchen **Pflegestützpunkt** vorrangig geboten werde, erklärte Martina Bunge (Die Linke), Mitglied des Bundestages und Vorsitzende des Sozialausschusses, auf der Beiratssitzung am Donnerstagabend. „Ziel dieser **Pflegestützpunkte** ist es, die Beratung von zu Pflegenden und deren Angehörigen zu verbessern und unabhängiger zu gestalten“, sagt die 57-Jährige. Und: Laut Gesetz seien **Pflegestützpunkte** Ländersache, die Einrichtung jedoch kein Muss. Vor allem wohnortnah sollten diese Stützpunkte eingerichtet werden, erläuterte sie. Da beginnt allerdings auch schon das Problem. Das von der Bundesregierung bereitgestellte Geld – 60 Millionen Euro bundesweit, 50 000 Euro pro Anlaufstelle – reiche allenfalls für eine Stelle pro Kreis und kreisfreie Stadt. „Das ist zu wenig“, kritisiert Bunge. Denn es sei schwierig für Kranke und Alte, quer durch die Stadt zu fahren.

Auch die Unabhängigkeit sieht die Ausschussvorsitzende nicht gegeben. Mit Hilfe des Geldes soll, so steht es im Programm, die Errichtung der Stelle finanziert werden, danach sollen die Betreiber – Kasse oder Pflegedienstleister – das Projekt gemeinsam bewältigen. Gleichzeitig stehe aber im Gesetz, dass keine Kassen oder Anbieter von Pflegedienstleistungen den Stützpunkt betreiben sollten, weil Kassen zum günstigsten Anbieter rieten, um Geld zu sparen, Pflegedienstler den teuersten Tarif vorschlugen. „Das widerspricht sich doch“, wunderte sich Bunge.

Eine Anlaufstelle sieht sie in Toitenwinkel in der nächsten Zeit auch aus anderen Gründen noch nicht. „Zunächst muss eine Verordnung im Landtag auf den Weg gebracht werden“, erläuterte sie.

ANNEKATHRIN STAUB